

Mit Vernunft statt Verboten

Prävention Der Bundesrat hält Mass und straft damit seine Kritiker Lügen



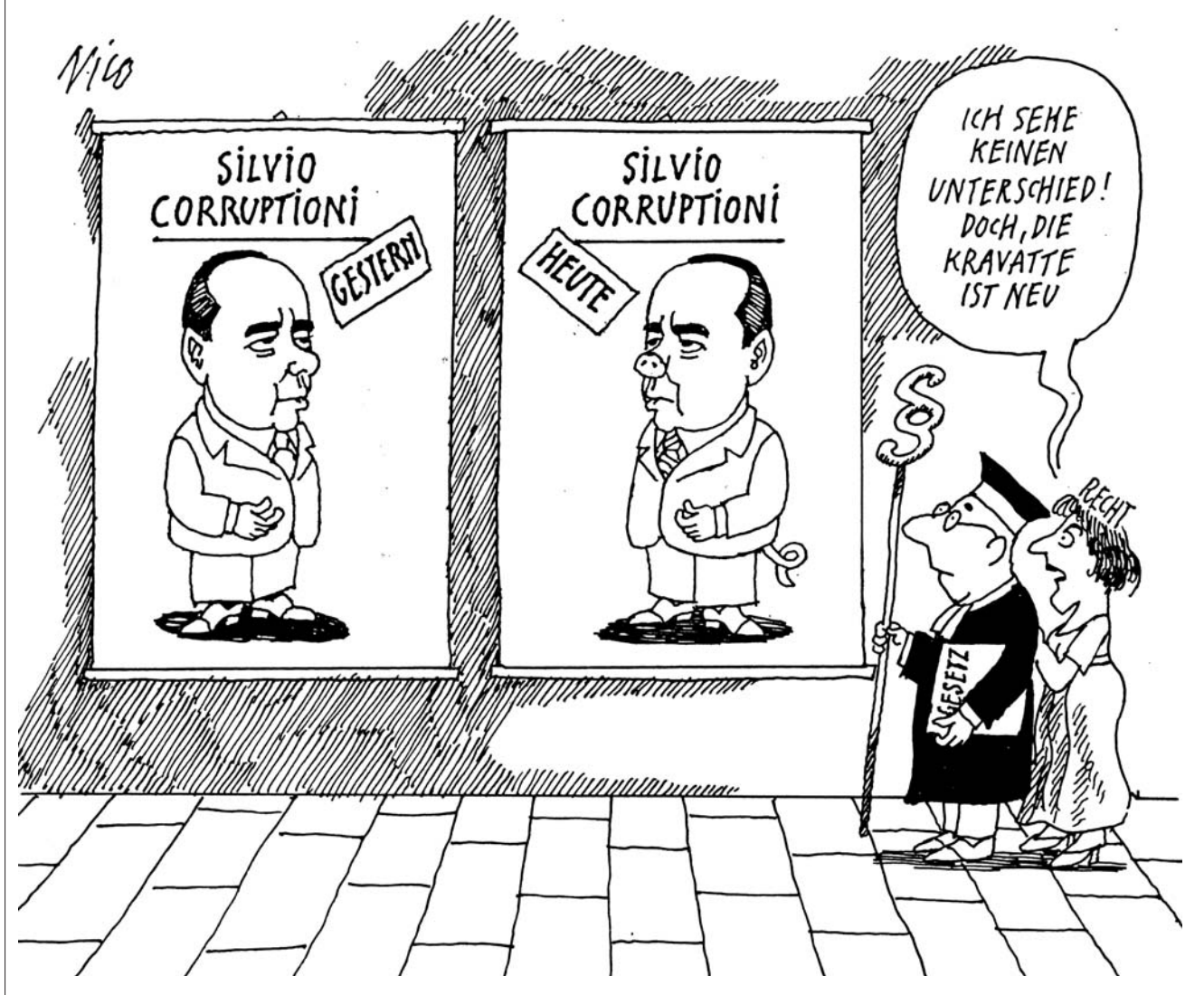
DANIEL FRIEDLI

So wie gewisse seiner Bürger schlägt auch der Staat gerne einmal über die Stränge. Und besonders gerne scheint er dies gerade dann zu tun, wenn er Selbiges bei seinen Untertanen verhindern will. Den bisher letzten Beweis dafür lieferte kürzlich die japanische Regierung. Sie hielt es für nötig, für ihre Schützlinge einen idealen Bauchumfang festzulegen, und will nun alles, was über diese staatlich definierte Gürtellinie hinausgeht, per Diätvorschrift zum Verschwinden bringen. Solche Schreckensszenarien staatlicher Präventionstätigkeit wurden in letzter Zeit auch in der Schweiz an die Wand gemalt, gewissermassen als eigene Präventivmassnahme der Wirtschaft, die sich das Geschäft mit den Lastern von Vater Staat natürlich nicht verderben lassen will. Dabei schreckten die wildesten Kämpfer gegen die staatliche Bevormundung auch nicht davor zurück, selbst den lebensfrohen Walliser Pascal Couchepin als «Gesundheits-Taliban» zu verunglimpfen, sobald er mit dem Wort Prävention zu hantieren begann. Solche abstrusen Vergleiche entbehren aber nicht jeder Grundlage, sie sind auch vollkommen unnötig, wie der gestrige Entscheid des Bundesrates zeigt. Die Regierung hat nun zwar ihre Präventionsprogramme gegen Alkohol, Tabak und ungesunde Ernährung verlängert. Sie tat dies aber in einer Art und Weise, die mit einem fanatischen Kreuzzug wider den Genuss nichts gemein hat. Ganz im Gegenteil: Der Bundesrat hat die

Pläne seiner Experten, um im Jargon zu bleiben, gehörig abgespeckt. Was bleibt, ist das hehre Ziel, die Zahl der Raucher, Trinker und Schlemmer zu reduzieren. Was wegfällt, sind die überzogenen Eingriffe, mit denen die vorberatende Spezialistenrunde das Volk vor allem in Sachen Alkohol auf den Weg der Tugend zwingen wollte. Verkaufsverbote, Steuererhöhungen oder neue Alterslimiten sind beim Bund zu Recht kein Thema mehr. Denn wie soll man dem Bürger erklären, dass man ihn zwar um die direkt-demokratische Mitsprache bittet, ihm aber nicht zutraut, abends noch schadlos ein Bier zu kaufen? Der befürchtete Präventionsfuror ist also ausgeblieben, es bleibt die Frage, ob die ausgedünnten Programme überhaupt noch den Einsatz von 20 Millionen Franken rechtfertigen. Skepsis ist angebracht. Der Nutzen vieler Kampagnen ist umstritten, die Programme verzetteln sich und bleiben vielfach so schwammig, dass sich auch der geneigte Leser darunter kaum etwas vorstellen kann. Wer jedoch deswegen den Staat in Sachen Prävention ganz zurückbinden will, muss sich vor Augen halten, dass die bekämpften Probleme nicht nur real, sondern auch sehr teuer sind. Auf 20 Milliarden werden die Kosten beziffert, die jährlich durch den leichtsinnigen Umgang mit den genannten Genussmitteln entstehen. Dass der Bundesrat dagegen etwas unternimmt, ist erwünscht. Solange er dies fokussiert tut und mit jenem «bon sens», mit dem auch die grosse Mehrheit in der Schweiz mit Alkohol, Tabak und Ernährung umgeht.

daniel.friedli@azag.ch

NICOS SEITENST(R)ICH



Vom Segen des Neins

Gastautorin Brüsseler Arroganz und irische Demokratie



Gastautoren äussern in ihren Beiträgen ihre persönliche Meinung. Heute: Regula Stämpfli, lehrte in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich an diversen Bildungsinstitutionen Politik, Geschichte und politische Philosophie. Das jüngste Buch der scharfsichtigen Analytikerin heisst «Die Macht des richtigen Friseurs». Regula Stämpfli wohnt mit ihrer Familie in Brüssel.

REGULA STÄMPFLI Kennen Sie die Situation, Nein sagen zu müssen zu etwas, wovon Sie zwar überzeugt sind und dennoch wissen, dass Sie nicht Ja sagen können? Weil ein Ja nur die Macht derjenigen stärkt, die ohne Ihr Ja zwar nicht leben können, Sie aber gleichzeitig mit diesem Ja einschränken? In Brüssel ist die Empörung derzeit gross. Die Wut über das kleine Irland ist unbeschreiblich und der Tenor einstimmig: Referenden sind schlecht, das Volk ist dumm, die Nein-Kampagne war eine amerikanische Ver-

schwörung, die Nein-Sager sind alles rechtsextreme Nationalisten. Doch hey: Was ist denn in Irland passiert? Hier lohnt es sich, länger zu verweilen. 1992 wurde mit grossem Erfolg die Wirtschafts- und Währungsunion eingeführt. Diese setzte Dynamiken frei, die in grosser Schnelligkeit auch sämtliche kulturellen und politischen Mentalitäten und Identitäten infrage stellten. Der Euro ist mittlerweile in jedem europäischen und schweizerischen Portemonnaie, doch im Kopf ist er noch lange nicht. Europa beschwört sein historisches Kulturerbe, ruft aber gleichzeitig zu einer von oben herab verordneten Internationalität ohne Wurzeln auf. Die europäische Konstruktion kommt ausgesprochen wirtschaftslastig daher, mit einem grenzenlosen Markt für (Human-)Kapital und Güter. Gleichzeitig vernachlässigt Europa sämtliche bisher

nationalstaatlich organisierten sozialen und kulturellen Bindungen mit einer Arroganz, wie sie nur in Brüssel zu finden ist.

Die Iren sind keine undankbaren oder gar «dummen» Europäer. Im Gegenteil. Wenn ein Volk weiss, was es dank dem Beitritt zur EU alles erreicht hat, dann sind dies die immer auf Unabhängigkeit und Eigenständigkeit bedachten Iren. Ein Grossteil der Nein-Sager hätte auch gern Ja gesagt, wenn es nur irgendeine Möglichkeit gegeben hätte, Brüssel endlich zur Bodenhaftung zu verpflichten. Zu einer politischen Verantwortung der Kommunikation und nicht nur der Technokratie. Zu einem Bekenntnis zur Demokratie und nicht nur zur Währungsunion. Was sollen wir einem Vertrag zustimmen, nur weil er damit besseres Politisieren in Brüssel garantiert, wenn viele von uns aus eigener Erfahrung davon überzeugt sind, dass dieses «bessere Politisieren» sich zuallererst gegen die Menschen richtet? Weil in der Gegenwart ausschliesslich das Fressen und ganz sicher nie die Moral zählt? Weil – ganz entgegen dem aufklärerischen bürgerlichen Programm der menschlichen Urteilskraft und –fähigkeit – ausschliesslich gesellschaftlichen Werte-Absurditäten, virtuellen Finanzmärkten sowie einzelinteressengeleiteter Politik gehuldigt wird?

mokratien nur auf ganz kleinem Gebiet funktionieren) mit ähnlichem Erfolg betrieben wird, besteht ja nicht darin, dass die Menschen über dies und jenes, zugegebenermassen oft nicht das Wesentliche, abstimmen. Sondern er besteht darin, dass die Regierenden gezwungen werden, sich vor einer breiten Öffentlichkeit zu legitimieren. Um Mehrheiten zu kriegen, müssen sie sich eben nicht nur untereinander, sondern gegenüber den Bürgern mit Argumenten verständigen. Klar, auch die direkte Demokratie hat enorme Nachteile. Klar kriegen in Volksabstimmungen die «terrible simplificateurs» Sprachrohre. Klar ist auf die heutigen Medien wenig Kompetenzverlass, wenn sie irgendwelchen Schreiberlingen ohne auch nur den geringsten intellektuellen Leistungsausweis seiten- und stundenweise Öffentlichkeit erlauben. Klar, klar, klar. Dennoch: Die Menschen sind viel gescheiter als dies die Eliten ihnen zugestehen. Wann hat denn überhaupt die Idee Fuss gefasst, dass ausgerechnet bei Verfassungsänderungen – nichts anderes ist nämlich «Lissabon» – nicht eine Mehrheit der europäischen Bürger abstimmen darf? Woher kommt die irrierte Meinung, dass ausgerechnet die Leute, die ihr Leben vorwiegend mit Verwalten verbringen, wissen, was politische Realitäten sind?

Solange «Brüssel» unter politischer Kommunikation **nur eine EU-Imagekampagne versteht**, ist für die europäische Idee nicht viel zu hoffen

Nein. Da braucht es ein Nein, obwohl das Ja eventuell Linderung genau dieser Probleme verheissen hätte. Doch der Konjunktiv war noch nie ein gutes politisches Programm.

Solange Brüssel – die belgische Hauptstadt steht hier übrigens für die europäischen Regierungschefs und ihre willigen Vollstrecker – unter «politischer Kommunikation» ausschliesslich eine EU-Imagekampagne versteht, ist für die europäische Idee nicht viel zu hoffen. Der Vorteil des schweizerischen Systems, das übrigens auch im grossen Kalifornien (dies als Argument, dass De-

Nein. Nein. Nein. Und ja, ja, ja. In allen europäischen Fragen ist Mut gefragt. Beispielsweise auch der Mut, dass ein Volk sich endlich über den Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur EU äussern darf. Zwei Länder, welche die

demokratischen Kopenhagener Kriterien (übrigens von der EU selber festgelegt!) noch längst nicht erfüllt haben. Hier zeigte auch das schweizerische Parlament, wie gross die Angst vor dem eigenen Volk ist. Selbstverständlich wäre ein Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien kaum zu verkraften. Vor allem von Brüssel nicht zu verkraften. Doch vielleicht wäre es, wie das Nein der Iren, ein klarer Hinweis an Brüssel. Der Hinweis nämlich, dass Demokratie nie die einfachste, dafür aber die einzig wirkliche Regierungsform ist.

Nordwestschweiz: Harmonie-Ende

Kernenergie Basel-Stadt und Baselland sind per Verfassung zum Abwehrkampf verpflichtet



HANS FAHRLÄNDER

«Der Kanton (. . .) wirkt darauf hin, dass auf dem Kantonsgebiet oder in dessen Nachbarschaft keine Atomkraftwerke auf dem Prinzip der Kernspaltung (. . .) errichtet werden.» So steht es in Paragraph 115 der basellandschaftlichen Kantonsverfassung. «Der Kanton wendet sich gegen die Nutzung der Kernenergie und hält keine Beteiligungen an Kernkraftwerken.» So heisst es, allgemeiner, aber auch rigoroser, in Paragraph 31 der basel-städtischen Kantonsverfassung. Im höchsten Grundgesetz nageln die beiden Kantone ihren Kampf gegen neue Atomkraftwerke fest. Und zwar gehen sie für diesen Kampf über ihr Gebiet hinaus, in die «Nachbarschaft» die einen, in die ganze Welt die andern. Das ist ungewöhnlich für eine Kantonsverfassung. Aber es steht nun mal so drin und wurde vom Volk abgesegnet. Es grüsst der Geist von «Kaiseraugst». Schnitt. Hochschulraum Nordwestschweiz (vollendet). Bildungsraum Nordwestschweiz (in Arbeit). Gesundheitsraum Nordwestschweiz (in Arbeit). Wirtschaftsraum Nordwestschweiz (geplant). Vier Freunde, Aargau, Solothurn, Basel-Stadt und Baselland, haben sich gefunden, harmonisieren ihre Bestrebungen und stärken sich gegenseitig für eine Aufwertung der Region im Land. Wie, ums Himmels willen, lassen sich die beiden Szenenbilder in Übereinstimmung bringen? Ob Gösgen, Beznau oder Leibstadt, ob Atel oder Axpo, die Basler sind per Verfassung verpflichtet, alles gegen atomare Neubauprojekte zu unternehmen. Naht das Ende einer noch jungen Freundschaft? Jedenfalls naht eine erhebliche Belastungsprobe. Es geht hier um mehr als um die erste Primarschulfremdsprache. Nur Ent-Ideologisierung auf allen Seiten brächte Abhilfe. Aber die bleibt wohl frommer Wunsch.

hans.fahrlaender@azag.ch